

# Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag  
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



## Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag  
Hannah-Ahrendt-Platz 1  
30159 Hannover  
Telefon 0511 – 3030 - 3413  
Telefax 0511 – 3030 - 4863  
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück  
Telefon 0541 – 2027644  
Telefax 0541 – 2026832  
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

## **Abschließende Beratung: Bundesfernstraßen: Auftragsverwaltung erhalten - Planung und Finanzierung optimieren**

Rede vom 21. Januar 2016, 86. Sitzung, Tagesordnungspunkt 24  
Abschließende Beratung

Den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen können Sie in der Drucksache [17/4691](#) nachlesen.

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr finden Sie in der Drucksache [17/4940](#), den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache [17/5016](#).

## **Weitere Redner waren:**

Gerd Ludwig Will (SPD), Karl-Heinz Bley (CDU), Karsten Heineking (CDU), Susanne Menge (GRÜNE) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

## **Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode**

### **Vizepräsident Karl-Heinz Klare:**

[...] Die nächste Wortmeldung kommt von Gabriela König, FDP-Fraktion. Bitte schön!

### **Gabriela König (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Bundesfernstraßenauftragsverwaltungsgesetz zu verabschieden oder eine Bundesfernstraßenauftragsverwaltung einzusetzen, ist sicherlich richtig und zukunftsweisend. Andere Länder machen das schon lange und sehr erfolgreich. Gucken wir einmal nach Österreich, in die Schweiz oder nach Frankreich - die können uns einiges an Beispielen vorleben.

Wir brauchen mehr Geld für die Verkehrswege, insbesondere für die Hauptverkehrsachsen wie Autobahnen, und das sowohl für die Optimierung der Verkehre als auch für die regelmäßige Instandsetzung. Dazu ist es wichtig, die Finanzmittel zu verstetigen und somit unabhängig zu machen von politischen Eingriffen, ideologischen Umverteilungen oder haushalterischen Umstellungen.

Auch der Abbau von Doppelstrukturen und schnellere, straffere Planungen können so erreicht werden. - Ich denke, bis dahin sind wir uns auch einig, zumindest die Freien Demokraten, die CDU und die SPD.

Bei diesen grenzüberschreitenden Projekten muss eine weitreichende Planung durchgeführt werden, müssen Verkehrsströme gemessen und beurteilt, Wachstum und Entwicklung einbezogen und eventuelle Rücklagen für teure Bauwerke gebildet werden. Das geht nämlich heute noch nicht.

Was allerdings keinen Sinn macht, ist, den Ländern die bestehenden Strukturen der Auftragsverwaltung und damit die Leistungsfähigkeit z. B. der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zu entziehen. Darin sind wir uns, glaube ich, alle einig.

**Gabriela König MdL, Abschließende Beratung: Bundesfernstraßen: Auftragsverwaltung erhalten - Planung und Finanzierung optimieren, Rede vom 21. Januar 2016, 86. Sitzung, Tagesordnungspunkt 24, Abschließende Beratung**

---

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Gegenteil: Wir wollen die guten Strukturen erhalten und verbessern. Auch hier macht sich zunehmend die demografische Entwicklung breit, und wichtige Fachkenntnisse könnten in naher Zukunft verlorengehen. Es gibt viel zu wenig Nachwuchs. Wir müssen für den Erhalt Sorge tragen und in der Planung weiterhin für das Studium des Ingenieurs sorgen. Wir brauchen nicht nur ausreichend Planungsmittel, wir brauchen darüber hinaus auch ausreichend Personalressourcen; denn die gehen uns langsam aus.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Minister Olaf Lies - zur FDP -: Die habt ihr abgebaut! - Gegenruf von Jörg Bode [FDP])

Meine Damen und Herren, was nicht von uns unterstützt werden kann, ist die Absicht, gänzlich auf ÖPP-Projekte zu verzichten. Genau darin liegt die Diskrepanz zwischen uns. Für SPD und Grüne ist ÖPP Teufelszeug, aber das können wir als Freie Demokraten nicht akzeptieren.

Von Ihnen - Herr Will hat es gerade wieder getan - werden Beispiele angeführt, die nicht lauter sind. Sie haben die marode Bahn in Großbritannien mit unseren vernünftigen Straßen gleichgesetzt. Das geht nicht, das ist unlauter!

Wenn es gelingen kann, ein Bauprojekt schneller fertigzustellen, eine bessere Qualität zu erzielen, die Unterhaltung zu verbessern, das Baumanagement zu beschleunigen, Bauzeiten zu verkürzen und weniger Baustellen einrichten zu müssen, dann ist das eine gute und richtige Strategie.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Was ist denn mit der A 7? Die A 7 dauert länger und wird teurer! - Ronald Schminke [SPD]: Um 20 Millionen Euro wird sie teurer!)

Hier wird ein volkswirtschaftlicher Nutzen erzeugt, den Sie von SPD und Grünen immer ausblenden. Weniger Staus durch Baustellen, weniger Zeitverlust, weniger Schadstoffausstoß, weniger Spritverbrauch und weniger Unfälle aufgrund des fließenden Verkehrs sind schon ein Wert an sich. Das rechnet sich. Aber diesen Wert sehen Sie noch nicht einmal!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ansonsten: Schon jetzt werden ÖPP-Maßnahmen nur dann durchgeführt, wenn sie wirtschaftlich sind oder auf andere Weise in naher Zukunft eben nicht durchführbar wären, beispielsweise weil die finanziellen Mittel fehlen.

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Ich wende mich auch entschieden gegen die Aussage von Herr Schminke im Ausschuss, der unterstellt hat, die Finanzindustrie und Großkonzerne der Bauindustrie würden durch politische Initiativen befeuert, sich ÖPP-Projekten zuzuwenden und damit gute Geschäfte zu machen.

(Ronald Schminke [SPD]: Genau so ist es!)

Ich bin zwar für gute Geschäfte der Wirtschaft, egal aus welchen Bereichen - die Unternehmen zahlen immerhin die meisten Steuern und geben den Menschen Arbeit; sie dürfen auch Gewinne machen; das steht jedem Unternehmen gut an -, aber: Hier wird niemand befeuert und politisch bevorteilt. Das ist falsch, Herr Schminke.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von Ronald Schminke [SPD])

Es ist traurig, dass wir kein einheitliches politisches Signal nach Berlin hinbekommen haben. Das wäre wesentlich besser gewesen, als es die Durchschlagkraft Ihres knappen Mehrheitsbeschlusses im Ausschuss ist. Schade, dass es dazu nicht gereicht hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

### **Am Ende der Beratung erfolgte ein Beschluss**

#### **Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:**

[...] Ich stelle fest: Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Daher schließen wir die Aussprache zur zweiten Beratung.

Wir treten in die Abstimmung ein.

**Gabriela König MdL, Abschließende Beratung: Bundesfernstraßen: Auftragsverwaltung erhalten - Planung und Finanzierung optimieren, Rede vom 21. Januar 2016, 86. Sitzung, Tagesordnungspunkt 24, Abschließende Beratung**

---

Der auf Annahme in einer geänderten Fassung zielende Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP entfernt sich inhaltlich vom ursprünglichen Antrag. Daher stimmen wir zunächst über diesen Änderungsantrag ab. Das ist selbstverständlich nach der Geschäftsordnung, Herr Heineking. Es war nicht nötig, vorhin die sofortige Abstimmung zu beantragen, weil die Geschäftsordnung das bei einem Änderungsantrag das ohnehin so vorsieht.

Falls dieser Antrag abgelehnt wird, stimmen wir anschließend über die Beschlussempfehlung ab. Wer also dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache 17/5016 zustimmen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Ich frage nach den Gegenstimmen. - Gibt es Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt; ihm wurde nicht gefolgt.

(Karl-Heinz Bley [CDU]: Schade!)

Wir kommen daher jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Druck-sache 17/4691 unverändert annehmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen?

(Zurufe von der SPD: Och! - Johanne Modder [SPD]: Das ist schade!)

Das ist der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Das Erste war die Mehrheit. Sie sind der Beschlussempfehlung gefolgt.